

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

AKTUELL

Israelischer Terroristenprozess

Ein israelisches Gericht hat gestern drei jüdische Siedler für schuldig befunden, bei einem Terroranschlag die palästinensischen Studenten ermordet zu haben. Zwölf weitere Angeklagte wurden für schuldig befunden, an einer Serie von Terroranschlägen beteiligt gewesen zu sein. Ihnen werden Mordversuche, Sabotage und illegaler Waffenbesitz vorgeworfen.

Debatte über Europäische Union

Das Europäische Parlament hat sich dafür ausgesprochen, einen Vertrag für eine Europäische Union notfalls mit einer Mehrheitsabstimmung durchzusetzen. Die Aussenminister sollen bereits am 22. Juli die Weichen dazu stellen.

USA wollen Auslandshilfe einfrieren

Das US-Repräsentantenhaus hat mit 386 gegen 2 Stimmen beschlossen, die US-Auslandshilfe für die nächsten zwei Jahre auf der aktuellen Höhe von 12,7 Milliarden Dollar einzufrieren. Der Senat hatte zuvor 14,8 Milliarden Dollar bewilligt. Mehr Geld soll Israel bekommen.

Ein zusätzliches Bildungsangebot für Schüler

Ab dem nächsten Schuljahr soll in der Schulanlage Resch in Schaan ein Werkjahr eingerichtet werden

Auf unsere Schüler wartet nach der Absolvierung der obligatorischen Schulzeit ein neues Bildungsangebot. Nachdem vor einigen Jahren ein freiwilliges 10. Schuljahr für eine ganz bestimmte Schülergruppe mit gutem Erfolg eingeführt wurde, soll es nun in der Schulanlage Resch ab dem nächsten Schuljahr ein Werkjahr geben, das sich vor allem an Ober- und Realschüler wendet, die vor dem Eintritt in die Berufsausbildung ein Zwischenjahr einschieben möchten.

Nach einer Mitteilung des Schulfamtes ist das Werkjahr als ein freiwilliges Bildungsangebot für Knaben und Mädchen gedacht, das aber keine Weiterführung der Real- oder Oberschule als 5. Klasse darstellen soll. Vielmehr wird dieses Werkjahr praktisches Arbeiten und schulische Ausbildung etwa zu gleichen Teilen umfassen und damit eine optimale Vorbereitung auf den beruflichen Einstieg, vorwiegend in praktisch-handwerkliche Berufe, bilden. Vorerst soll mit Beginn des nächsten Schuljahres mit einer Gruppe von Schülern, die zwischen 12 und 15 Mädchen und Knaben umfassen wird, begonnen werden.

Wer kommt in Frage?

Als Zielgruppe sieht das Schulfamte sol-

che Jugendliche vor, die ihre obligatorische Schulzeit mit der Ober- oder Realschule abgeschlossen haben und ein Übergangsjahr oder ein Berufsvorbereitungsjahr vor dem Eintritt in die Berufsausbildung einschieben möchten. Im weiteren wird an Ober- und Realschüler gedacht, welche die Zielsetzungen des 9. Schuljahres besser erfüllen möchten, um so bessere Aussichten für die Bewältigung der künftigen Anforderungen an der Berufsschule zu haben.

Schliesslich soll sich das Werkjahr an Jugendliche wenden, die sich am Ende der Schulpflicht noch nicht für den Einstieg in die Berufsausbildung entscheiden konnten oder denen die gewünschte Lehrstelle noch nicht offen stand.

Individuelle Wünsche berücksichtigen

Nach den Vorstellungen des Schulfamtes baut das Werkjahr auf der Freiwilligkeit auf. Es soll stark auf die individuellen Wünsche und Möglichkeiten der einzelnen Jugendlichen ausgerichtet sein. Dieses zusätzliche Ausbildungsangebot soll sich im weiteren in der Zielsetzung klar abgrenzen zum bestehenden 10. freiwilligen Schuljahr für Realschüler, das vor allem als Vorbereitung für soziale,

medizinische und pädagogische Hilfsberufe gedacht ist. Dabei wird betont, dass das Werkjahr nicht eine Voraussetzung für den Einstieg in die Berufsausbildung darstellt.

Gestaltung des Werkjahres

Vor diesem Hintergrund soll das Werkjahr auch anders gestaltet werden als die Schulen der obligatorischen Schulzeit. Es wird insgesamt 42 Unterrichtswochen umfassen gegenüber 40 Wochen der anderen Schulen, wobei sie sich aufteilen in etwa 25 Wochen Schulunterricht und in 17 Wochen Projektunterricht. Im Gegensatz zu den obligatorischen Schulen wird der Unterricht, als Vorbereitung auf den Arbeitsrhythmus in der Berufswelt, in der 5-Tage-Woche erteilt. Die Projekte können Berufswahlwochen, Sport- und Bildungswochen, Schnupperlehren oder Fachkurse für Holz- und Metallbearbeitung sowie Fachkurse für den Haushalt und im Pflegebereich umfassen.

Grossen Wert wird auch auf die Persönlichkeitsbildung und die Selbständigkeit der Schülerinnen und Schüler gelegt. Erreicht werden soll dies vor allem durch gezielten Unterricht im Bereich der Gemüts- und Persönlichkeitsbildung sowie durch vermehrtes Arbeiten in Gruppen.

KOMMENTAR

Früher gehörte die Frage nach den Gründen der jährlich angestiegenen Kosten für Schneerräumung auf unseren Strassen zum Standardprogramm der Beratungen über die Landesrechnung. Heute ist die Frage nach der Realisierung der angekündigten Kosteneinsparungen für die Krankenkassenbeiträge an diese Stelle gerückt. Bei der Schneerräumung hiess es jeweils von der Regierungsbank, die Schwarzzäumung der Strassen habe eben ihren Preis, den die Autogesellschaft fordere - bis dann endlich eine Entscheidung in anderer Richtung gefällt wurde.

In bezug auf die stetig mit zweistelligen Zuwachsraten steigenden Kosten an die Krankenkassen tönt es von der Regierungsbank jedes Jahr hoffnungsfroh: Massnahmen würden geprüft, die Kosten-

Massnahmen in Sicht?

explosion könne eingedämmt werden - bis die nackten Zahlen vorerst noch immer etwas anderes beweisen.

So hatte die Regierung für das Jahr 1984 insgesamt 8 Millionen Franken budgetiert, nachdem im Vorjahr die Beiträge auf 7,4 Millionen Franken angestiegen waren. Gebraucht wurden schliesslich 8,7 Millionen Franken, obwohl noch während der Budgetberatung die Hoffnung verbreitet worden war, nun endlich habe man die Sache im Griff.

Nichts dergleichen ist passiert. Geblieben sind die alten Formeln, mit denen der Landtag Jahr für Jahr auf bessere Zeiten vertröstet wird. Ende letzten Jahres wurde sogar ein «14-Punkte-Massnahmenpaket» angekündigt, mit dem man sich das Heil verspricht. «Im Laufe des Jahres 1985 sind eine Reihe von Massnahmen zu erwarten, die gesetzlich verankert werden, so dass künftig überproportionale Steigerungsraten in der liechtensteinischen Krankenversicherung ab 1986 nicht mehr vorkommen sollten», schrieb Regierungsrat Frommelt im Rechenschaftsbericht.

Wetten, dass er die bisherige durchschnittliche Steigerungsrate von über 11 Prozent in den letzten fünf Jahren nicht zu senken bringt? Sein Nachfolger kann sich freuen. (G.M.)

Erarbeitung eines Konzeptes im Zivilschutz

(paf) - Die Regierung beauftragt das Amt für Zivilschutz und Landesversorgung mit der Ausarbeitung eines Konzeptes für die telefonische und drahtlose Übermittlung im Zivilschutzbereich.

Der Übermittlung, das heisst der Kommunikation zwischen den einzelnen Einsatzgruppen und den Schutzräumen, kommt bereits im Krisen- und Katastrophenfall, vor allem aber im Zivilschutzfall grosse Bedeutung zu. Im Rahmen eines Pflichtenheftes sollen die erforderlichen Massnahmen in den einzelnen Zivilschutzbauten aufgezeigt werden. Die technischen Einrichtungen, die in eine Übermittlung im Katastrophen- und Kriegsfall miteinbezogen werden können, sollen im Konzept ebenfalls erfasst und beschrieben werden.

Abschusspläne beim Wild etwas mehr erfüllt

Das Jagdwesen im Spiegel des forstamtlichen Rechenschaftsberichtes für das Jagdjahr 1984/85

Die Abschusspläne für das Wild sind in der Jagdperiode 1984/85 etwas mehr erfüllt worden als in der Jagdperiode zuvor. Beim Rehwild wurde der vorgesehene Gesamtabschuss zu 87 Prozent (86 Prozent) erfüllt, beim Rotwild zu 76 Prozent (73 Prozent) und beim Gamswild zu 70 Prozent (78 Prozent). Nach dem forstamtlichen Rechenschaftsbericht ist die Wilddichte beim Reh-, Rot- und Gamswild gegenüber dem Vorjahr leicht angestiegen.

Die Wildbestanderhebungen im Frühjahr 1984 ergaben 625 (587) Stück Rehwild, 431 (418) Stück Rotwild und 706 (698) Stück Gamswild. Ausserdem wurden noch 391 (389) Murmeltiere und 116 (113) Birkhähne gezählt. Die wildtaugliche Fläche beläuft sich beim Rehwild auf 8652 Hektaren, beim Rotwild auf 9839 Hektaren und beim Gamswild auf 7283 Hektaren. Die Wilddichte hat beim Rehwild auf 7,2 (6,8) je 100 Hektaren zuge-

nommen, beim Rotwild ergibt sich eine Dichte von 4,4 (4,2) und beim Gamswild von 9,7 (9,6).

Abschussplan fast erfüllt

Beim Rehwild standen 350 Stück auf dem Abschussplan, wovon 305 erlegt und 17 Stück als Fallwild gemeldet wurden. Der vorgesehene Abschussplan wurde demnach zu 87 Prozent erfüllt, wobei sich bei den Böcken 90 Prozent, bei den Geissen 76 Prozent und bei den Kitzen 101 Prozent ergibt.

Auf dem Abschussplan des Rotwildes standen 179 Stück, wovon 136 erlegt und 5 Stück als Fallwild gemeldet wurden. Der Gesamtabschuss beläuft sich auf 76 Prozent. Vom Gamswild sollten 145 Stück gejagt werden. Tatsächlich wurden 101 Gamsen erlegt und 1 Stück als Fallwild registriert. Der Gesamtabschuss wurde damit zu 70 Prozent erfüllt. Von den vorgesehenen 15 Birkhähnen

konnten 7 Stück erlegt werden, von den 51 auf dem Abschussplan stehenden Murmeltieren deren 26.

Über hundert Pächterkarten

Zwischen dem 1. April 1984 und dem 31. März 1985 wurden nach dem forstamtlichen Rechenschaftsbericht insgesamt 102 Pächterkarten sowie 22 Jagdaufseher-Ausweise ausgegeben. Hinzu kommen 102 Gastkarten für einen Tag und 20 Gastkarten für drei Tage sowie 60 Gastjagdkarten für das ganze Jahr.

Die Gebühreneinnahmen belaufen sich auf knapp 11 000 Franken.

Zur Jagdprüfung traten in diesem Zeitraum 43 Kandidaten an, wovon 24 Kandidaten oder 56 Prozent die Prüfung bestanden. Von den drei Bewerbern zur Jagdaufseherprüfung erfüllte nur einer die gestellten Bedingungen.

Brandt trifft Mitterrand in Paris

(AP) Der SPD-Vorsitzende Willy Brandt wird am Freitag in Paris mit dem französischen Staatspräsidenten Francois Mitterrand zusammentreffen. Wie der SPD-Vorstand in Bonn bekanntgab, soll auf Einladung Mitterrands bei einem Mittagessen im Elysee-Palast der Meinungsaustausch fortgesetzt werden, auf den sich beide Politiker verständigt haben. Als Themen der Unterredung wurden von der SPD Fragen der internationalen Politik.

Raketenaufbau in den Niederlanden:

«Wenig Hoffnung» auf Verzicht

Den Haag (AP) Die Niederlande werden nach den Worten von Aussenminister Hans van den Broek kaum auf die Stationierung amerikanischer Marschflugkörper verzichten können. Ein Sprecher des Aussenministeriums zitierte am Mittwoch aus einem Gespräch van den Broeks mit dem ungarischen Aussenminister Peter Varkonyi vom Vortag. Danach verwies der niederländische Minister darauf, dass die Sowjetunion im vergangenen Jahr wenigstens 45 weitere Mittelstreckenraketen des Typs SS 20 aufgestellt habe. Der niederländische Aussenminister erwarte nicht, dass diese Zahl sinke.

Nach heftigen innenpolitischen Kontroversen hatte die Mitte-Rechts-Regierung in Den Haag im Juni 1984 erklärt, dass sie auf die Stationierung der US-Flugkörper verzichten werde, wenn die UdSSR am 1. November über nicht mehr als 378 SS 20 verfüge. Sollte diese Zahl überschritten werden, so werden nach den Worten des Ministerpräsidenten Ruud Lubbers gemäss dem NATO-Doppelbeschluss 48 Marschflugkörper stationiert. Nach amerikanischen Geheimdienstberichten besitzt die UdSSR bereits 423 mit Dreifachsprengköpfen ausgerüstete SS 20.



Wedemeier als Nachfolger von Koschnick nominiert

Bremen (AP) Der 41 Jahre alte Vorsitzende der Bremer SPD-Bürgerschaftsfraktion, Klaus Wedemeier (rechts), ist in der Nacht zum Mittwoch vom Landesparteiabend der Bremer SPD zum Nachfolger für den Bremer Bürgermeister und Senatspräsidenten Hans Koschnick nominiert worden. Wedemeier, der vom Landesvorstand der Partei aufgestellt und von Koschnick vorgeschlagen worden war, erhielt 116 von 209 abgegebenen Stimmen. Für den Gegenkandidaten, den 46jährigen Bremer Sozialsenator Henning Scherf votierten 93 Delegierte.

Esche weiterhin ein Problem

Die Esche ist, wie Landtagsvizepräsident Armin Meier während der Debatte über den Rechenschaftsbericht 1984 im Landtag ausführte, in einem erbärmlichen Zustand. Der kleine Bach führt schmutzige Abwässer aus dem Grenzgebiet Schaanwald-Tisis durch das Unterland in den Kanal in Benders. Als Zulieferer schmutziger Abwässer dienen vor allem der Mühlebach aus Tisis und der Grenzgraben bei Schaanwald.

Regierungsrat Anton Gerner bestätigte den Zustand der Esche und erinnerte daran, dass vor vier Jahren mit den zuständigen Stellen in Vorarlberg Gespräche geführt worden seien. Damals habe Vorarlberg eine Verbesserung der Situation versprochen. Allerdings habe sich seither nichts Wesentliches an der Situation geändert. Noch in diesem Jahr sollen weitere Gespräche stattfinden.



Mit Prof. Heinrich Harrer im Gespräch

Der Landtag hat in der letzten Woche dem Kreditbegehren der Regierung für den Kauf einer Tibet-Sammlung von Prof. Heinrich Harrer mehrheitlich zugestimmt. Die Kunstgegenstände, vor allem sakraler Art, sind von Prof. Heinrich Harrer von Tibet-Flüchtlings in Nepal, Bhutan und Sikkim erworben worden. Harrer hielt sich von 1944 bis 1951 selbst in Tibet auf und war dort auch Berater des Dalai Lama. Wir haben uns mit dem Forscher, Sammler und Buch- und Fernsehautoren, der seit einigen Jahren in Mauren lebt, unterhalten. Das Interview mit Prof. Harrer ist auf Seite 3 der heutigen Ausgabe zu finden.